

AUSWERTUNG DER WORKSHOPS

Workshop A

Im Workshop A wurde die Frage diskutiert, welches Mindestmaß an Transparenz und Kommunikation zwischen Auftraggebern, Baumpflegefirmen und Bürgern es geben sollte?

In der Diskussion spielten eine Reihe sehr unterschiedlicher Beispiele eine Rolle: a) Baumpflege auf Grundstücken von großen Wohnungsgesellschaften, Mediationsverfahren im Zuge der Baumfällproteste am Landwehrkanal und Versuche, in Marzahn-Hellersdorf für Bäume aktiv zu werden.

Folgende Aspekte wurden am Ende besonders in den Mittelpunkt gerückt:

-Wohnungsgesellschaften sollten bei der Auftragsvergabe gegenüber Fachfirmen und Vertragspartner sensibler agieren:

- bei der Auswahl der Firmen und Arbeiten die Fachlichkeit in Frage stellen
- in den Aufträgen fachliche Bedingungen stellen
- sie bei der Arbeit und bei der Abrechnung kontrollieren

Auf die Frage nach dem Mindestmaß an Kommunikation und Transparenz wurde gesagt:

- wichtig ist es zu wissen, was in der Beauftragung steht
- Hinweise auf Baumfällmaßnahmen sollten über 'neue' Medien verteilt werden
- die Fachorgane, Politik und Bürger sollten an einem Tisch zusammen kommen
- = Gründung „Runder Tisch BAUM“
- kommunale Strategien sollten entwickelt werden

Fragen die offen blieben, waren:

Wie erreicht man eine fachliche Anreicherung trotz knapper Kassen?

Wie kann man die Grünflächenpflege re-kommunalisieren, um hier mehr Kontrolle auszuüben?

Fazit:

Die Diskussion ist keinesfalls beendet sondern muss an dieser Stelle unbedingt weiter angereichert werden.

Workshop B

Im Workshop B wurde die Frage zur Diskussion gestellt, was trotz knapper Kassen bei der Pflanzung, Pflege und dem Schutz von Bäumen fachlich unverzichtbar ist?

Fazit/ Vorschläge:

1. Folgendes sollte beim Bau von Radwegen berücksichtigt werden:
 - die Bäume

- die Wegeführung
- Wege sollten angehoben werden
- beim Neubau von Radwegen Wurzelbrücken verwenden
Def: Wurzelbrücken: Wurzelschutzsystem, welches einen unverdichteten Wurzelraum bei gleichzeitiger Überfahrbarkeit gewährleistet
- 2. durch Maßnahmen der Leitungsträger werden die engen Straßen in Siedlungsgebieten bald baumfrei
- 3. Wurzeln wachsen in Leitungen hinein
- Wurzelbahnen könnten als Schutz dienen
- muss verpflichtend in Ausschreibung aufgenommen werden
- 4. Geld für Baumfällung (Ersatzzahlung)
- muss für Baumpflanzung im Haushalt des Bezirks gesichert werden
- 5. Pflanzvorbereitung ist wesentlich
- Pflanzschock verhindern - deshalb gebietsheimische Arten verwenden
- Baumscheiben komplett lockern und einbinden - Boden
- 6. Muss eine Baumart eine ganze Straße besiedeln?
- kann man nicht Vielfalt herstellen und Mischbestände pflanzen?
- Krankheitsbefall kann zum Komplettausfall führen
- Schadinsekten (Kastanie)
- Mischbestände bilden eine natürliche Barriere gegen Schädlinge
- 7. Ausbildung/ Weiterbildung
- Gartenarchitekturausbildung - Pflanzenkunde ist dort ein Wahlfach
- 8. Ausschreibungen für Baumpflanzungen sollten sich nach dem Bundesnaturschutzgesetz richten
- Arten müssen gebietsheimisch sein
- in Ausschreibungstext aufnehmen
- 9. Naturverjüngung in der Stadt nutzen
- bezirkseigene Baumschule kann natürlichen Baumaufwuchs aus unterschiedlichen Naturräumen des Bezirkes nutzen

10. Baustellenkontrollen regelmäßig und ohne Anmeldung durchführen, um Schäden an Bäumen während Bauzeit zu verhindern

- Ordnungsamt dafür gewinnen, Hinweise ans Naturschutzamt zu geben

Workshop C

Steht Bürgerbeteiligung im Widerspruch zur Qualität? Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung bei der Baumpflege.

Fazit/ Vorschläge:

- Pflege einer Baumscheibe ist etwas anderes als Pflege eines Baumes
- Beteiligung erfordert Information/ Kommunikation
- Baumzustand für Laien nicht objektiv bestimmbar
- deshalb Hilfe der Bürger bei der Baumpflege schwierig, eher möglich ist die Pflege der Baumscheibe
- hinzu kommt, dass Verkehrssicherheit der Bäume im Straßenbereich höchste Priorität hat
- Stellen für Bürgerbeteiligung fehlen im Grünflächenamt
- Meldung von Fällungen
- Bürger melden oft nur Protest- Baumfällungen häufig die einzige Bürgerbeteiligung bedauert das Grünflächenamt
- Möglichkeiten für Spende bewerben in Bevölkerung
- Idee der Firmenspenden
- Bezirke könnten Baugenehmigungen an Auflagen knüpfen z.B. Kostenübernahme von Pflegeverträgen für öffentliche Grünflächen, Baumpflanzungen veranlassen usw.
- Bei Bürgerbeteiligung gilt unbedingt folgendes zu klären:
Qualifikation, Unfallversicherung, Haftungsfrage